

19.04.2012 – PM 24/2012

EU-Freihandelsabkommen

IG BAU: Keine Belohnung für Ausbeutung und Gewalt in Kolumbien

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) warnt das EU-Parlament davor, mit vorschnell vereinbarten Freihandelsabkommen falsche Signale in Richtung von Unrechtsregimen zu setzen. Anlässlich des heute (*für die Red. 19. April 2012*) vorgestellten Gutachtens zum Nachhaltigkeitskapitel des Handelsabkommens mit Kolumbien sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende und Präsident der Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI) Klaus Wiesehügel: „In Kolumbien ist die Menschenrechtssituation alarmierend. Gewerkschafter werden bedroht und umgebracht. In keinem anderen Land gibt es so viel Gewalt gegen Menschen, nur weil sie sich für ihre Arbeitnehmerrechte einsetzen. Wenn die EU ihre Werte ernst nimmt, darf sie eine Regierung, die das zulässt oder sogar fördert, nicht auch noch mit einem Freihandelsabkommen belohnen.“

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die sogenannten Nachhaltigkeitsbestimmungen im Freihandelsabkommen zwischen EU und Kolumbien mangelhaft sind. Die Vereinbarung, die soziale und ökologische Belange regelt, ist „nicht nur unvollständig, sondern vor allem unverbindlich“, heißt es darin. Insbesondere Gewerkschaften werden keinerlei Rechte etwa für Beschwerden eingeräumt. Sie werden somit letztlich zu Bittstellern, die darauf hoffen müssen, dass die beteiligten Staaten guten Willens sind, den Beschwerden nachzugehen.

Derzeit wird das Freihandelsabkommen EU-Kolumbien in den Ausschüssen des EU-Parlaments beraten. Eine Entscheidung im Plenum wird es voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte geben.

Das Gutachten von Dr. Reingard Zimmer finden Sie unter:

http://www.igbau.de/Binaries/Binary13069/Gutachten_Reingard_Zimmer1.pdf

(1523 Zeichen)